

2012-02-15

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

**über die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses, der Ausschüsse für
Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, Bauwesen, Verkehr und Umwelt,
Kultur, Bildung und Sport sowie Gesundheit und Soziales am 06.09.2011**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Behindertenverband Dessau e. V.

Schumann, Marion

Katholische Kirche

Binus, Barbara

Landesverwaltungsamt

Günther, Beate

Polizeirevier

Dawal, Angelika

Landgericht Dessau

Klumpp-Nichelmann, Thomas

Evang. Jugendhilfe

Theune, Claudia

Diakonisches Werk

Heinrich, Evelin

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Hoffmann, Frank

Ausländerbeauftragter

Karnatz, Theresa

Verwaltung

Förster, Heike

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit der Gremien

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde durch die Vorsitzenden der Ausschüsse für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, für Kultur, Bildung und Sport, für Gesundheit und Soziales sowie für den Jugendhilfeausschuss die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Gremien festgestellt.

Herr Ledwa stellte für den Jugendhilfeausschuss die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 13 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, folgende **Änderung** angeregt:

Für die Beratung der Beschlussvorlage „Richtlinie Bildungs- und Teilhabepaket“ (DR/BV/313/2011/V) wird beantragt, die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse, Kultur, Bildung und Sport, Gesundheit und Soziales sowie des Jugendhilfeausschusses abweichend zur Einladung im Ratssaal in öffentlicher Sitzung fortzuführen.

Um dies zu gewährleisten, erkundigte sich **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bei allen Ausschüssen, ob für den in der Einladung ausgewiesenen Punkt 5 (Nichtöffentliche Anfragen und Informationen) Redebedarf bestehen würde. In allen Ausschüssen wurde diese Frage verneint. So, **Herr Schönemann** weiter, könne man die gemeinsame Sitzung aller Ausschüsse nach dem Tagesordnungspunkt 4 der Einladung schließen und dem Antrag des Herrn Dr. Raschpichler folgen.

Ein weiterer **Antrag** erfolgte durch **Herrn Schönemann** zu dem Maßnahmebeschluss zur Errichtung des Hortanbaus für die Grundschule Friederikenstraße (DR/BV/286/2011/I-DKT). Es wurde die Absicht geäußert, diesen als Punkt 3.1. der Tagesordnung vor dem Haupttagesordnungspunkt - Prioritätenliste - vom Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und vom Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport beschließen zu lassen.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zu den ausgereichten Tagesordnungspunkten nicht vorgebracht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnisse:

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** einstimmig bestätigt.
8 / 0 / 0

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** einstimmig bestätigt.
7 / 0 / 0

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport** einstimmig bestätigt.
7 / 0 / 0

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Gesundheit und Soziales** einstimmig bestätigt.
8 / 0 / 0

Die Tagesordnung wurde vom **Jugendhilfeausschuss** einstimmig bestätigt.

2.1. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Seitens des Jugendhilfeausschusses gab es keine Anfragen bzw. Mitteilungen.

3. Öffentliche Beschlussfassungen

3. Öffentliche Beschlussfassungen

3.1. Maßnahmebeschluss zur Errichtung des Hortanbaus für die Grundschule Friederikenstraße

Vorlage: DR/BV/286/2011/I-DKT

Auf die Anfrage von **Herrn Hartmann, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport**, ob dieses Vorhaben dem Gestaltungsbeirat zur Beurteilung vorgelegt werde, antwortete **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, dass man das Projekt im Gestaltungsbeirat vorstellen werde, wenn die Planungen einen entsprechenden Stand erreicht haben.

Frau Lütje, Fraktion der SPD, erkundigte sich, weshalb dieses Thema, welches inhaltlich auch den Jugendhilfeausschuss betreffen würde, auf der heutigen Einladung keine Berücksichtigung gefunden habe.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bemerkte hierzu, dass diese Vorgehensweise mit dem Status des Jugendhilfeausschusses zusammenhänge, da dieser kein Stadtratsausschuss, sondern ein per Gesetz verankerter fachberatender Ausschuss sei. Er sicherte aber zu, da die Anmerkung thematisch berechtigt sei, diesen Zustand in der Verwaltung zu hinterfragen und eine Antwort einzuholen.

Abstimmungsergebnisse:

Der Beschluss wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** einstimmig bestätigt.

8 / 0 / 0

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport** einstimmig bestätigt.

8 / 0 / 0

3.1. Prioritätenliste für Vorhaben aus dem Bau- und Investmentbereich in der Betreuung des Dezernates VI für die Haushaltsplanung 2012

Vorlage: DR/BV/280/2011/VI-63

Herr Dreibrodt, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport, erachtete diese Prioritätenliste als eine sehr wichtige Angelegenheit und stellte eingangs den **Änderungsantrag**, das Wort „Orientierung“ (Pkt. 1 des Beschlussvorschlages) durch das Wort „Grundlage“ zu ersetzen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bat Herrn Beigeordneten Hantusch um einführende Erläuterungen in die Thematik.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, bedankte sich bei den Anwesenden für diese Möglichkeit und erklärte, dass nun eine Prioritätenliste vorliege, die intensiv in der Verwaltung abgestimmt wurde. Mit dieser Liste werden zwei Ansätze verfolgt.

Zum einen wisse man aus den Erfahrungen in anderen Städten, die wie die Stadt Dessau-Roßlau einen intensiven Strukturwandel durchlebt haben, dass dieser dauernde Prozess Veränderungen mit sich bringe. Diese Veränderungen werde auch die Stadt Dessau-Roßlau ab dem Jahr 2013 zu spüren bekommen, da sich eine Verschlechterung der EU-Fördermittelsituation abzeichne. Darüber hinaus seien einerseits der demographische Wandel als auch die Schrumpfung in Sachsen-Anhalt zu berücksichtigen, die Auswirkungen auf den Länder-Finanz-Ausgleich haben. 2019, so **Herr Beigeordneter Hantusch** weiter, werde es voraussichtlich den Solidaritätspakt in der derzeitigen Form nicht mehr geben. Des Weiteren spiele die Selbstverpflichtung der Stadt Dessau-Roßlau zur Teilnahme am STARK-II-Programm eine weitere entscheidende Rolle. Schlussfolgernd daraus würden die finanziellen Spielräume der Stadt Dessau-Roßlau erheblich eingeschränkt werden und die Mittel für Investitionen könnten nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Dies wiederum habe erhebliche Auswirkungen auf den Stadtentwicklungsprozess, d. h., die Stadt müsse dann die noch verfügbaren Mittel hinsichtlich eines effektiven und nachhaltigen Einsatzes prüfen. Ein wichtiges Instrument in dieser Phase wäre in Anwendung des Leitbildes der Stadt Dessau-Roßlau die daraus folgende Prioritätenliste künftiger Investitionen.

Im zweiten Ansatz, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, ginge es um die stärkere Einbeziehung der Politik. Geplante Projekte müssten intensiver im Vorfeld durch die Fachausschüsse behandelt werden, da die Stadträte ein Maximum an Transparenz in der Entscheidungsfindung benötigen. Als Instrument hierzu diene die vorliegende Prioritätenliste, die über eine einmalig hohe Komprimierung von Daten verfüge und Projekte in Prioritäten setze. Er betonte, dass die Verwaltung diese Unterlage intensiv vorbereitet und die entsprechende Transparenz hergestellt habe, jetzt aber die Politik als Entscheidungsträger sowohl mit ihrer Kompetenz, als auch mit ihrer Verantwortung gefragt sei.

Herr Schönemann dankte Herrn Hantusch für seine Ausführungen und erteilte Herrn Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, das Wort.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamts, erläuterte eingangs, dass den Anwesenden eine Liste mit abgestimmten Projekten vorliege, die als Vorschlag auf Basis einer dezernatsübergreifenden Abstimmung entstanden sei und seine Aufgabe sehe er heute einerseits in der Erläuterung der Lesart und andererseits in den Vorteilen, die diese Liste in sich vereine. Das größte Problem bei der Thematik, so **Herr Meister**, sei die Finanzlage, hier insbesondere die Eigenmittel, die die Stadt zur Verfügung stellen müsse, um eine Gegenfinanzierung von Fördermitteln zu gewährleisten. Da es gelte, die wenigen Mittel effektiv für die vielen Projekte einzusetzen, wurde die Prioritätenliste als Instrument der Entscheidungsfindung erarbeitet.

Im Anschluss erfolgte durch **Herrn Meister** zum besseren Verständnis eine ausführliche Präsentation zum Aufbau und Inhalt der Prioritätenliste. Insbesondere ging er hier auf die einzelnen Schritte wie:

- Eigenmittelanalyse der Dezernate
- Auflistung der Projekte/Datenerfassung
- Kategorienbildung
- Rechnerische Wichtung der Kategorie 2/ Klassifizierung

ein. **Herr Meister** betonte, dass die vorliegende Liste keine Wunschliste einzelner Dezernate, politischer Fraktionen oder Einzelpersonen sei, sondern ein abgestimmter Kompromissvorschlag der Verwaltung. Die Prioritätenliste soll im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanung als Orientierungshilfe dienen, schließe aber gleichzeitig eine Verschiebung innerhalb der Liste nicht aus. Ziel dieser Beschlussvorlage, so **Herr Meister** abschließend, sei es, diese Prioritäten-

liste als Orientierung für die Haushaltsplanung anzuerkennen, um die zukünftige Projektentwicklung mit all ihren Konsequenzen im Auge zu behalten.

Herr Schönemann dankte Herrn Meister für seine Ausführungen und eröffnete die Diskussion.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, erkundigte sich, ob die angekündigten positiven Finanzmodalitäten aus dem Finanzministerium bereits Berücksichtigung in der Prioritätenliste gefunden hätten. Dies verneinte **Herr Beigeordneter Hantusch** und erklärte, dass das Dezernat das heutige Ergebnis abwarten wolle. Daran würde sich die Haushaltsplanung unter Einbeziehung der Äußerungen aus dem Finanzministerium anschließen. Es existiere ein Gesamtportfolio an Investitionen, dieses sollte nun entsprechend der rein systematischen Reihenfolge und Wichtung aufgeteilt werden. Dazu sei die Entscheidung der Politik von wichtiger Bedeutung. Weitere Entscheidungen werden derzeit aus Magdeburg erwartet, wie z.B. zum Besucherzentrum. Mit dem Hinweis, dass die finanziellen Spielräume zukünftig immer enger werden und der Verwaltung wenig Zeit verbleibe, Leuchtturmprojekte durchzuführen, appellierte er an die Entscheidungsträger der Politik, sich zu positionieren.

Auf Anfrage von **Frau Lütje, Fraktion der SPD**, welche Ämter an der Erarbeitung der Prioritätenliste beteiligt waren und ob es eine Koordinierungsstelle gäbe, antwortete **Herr Hantusch**, dass es sich um einen gestuften Prozess handle. Die Vorarbeiten hat das Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung geleistet. Im Anschluss daran wurden die Ämter aufgefordert, ihre Vorstellungen zuzuarbeiten, die dann dezernatsübergreifend in einer Arbeitsgruppe Berücksichtigung fanden. Das Ergebnis wurde abschließend in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters vorgestellt, diskutiert und zur Beteiligung der Gremien freigegeben.

Der Politik liege nun eine intensiv abgestimmte Prioritätenliste der Verwaltung vor, die es zu bewerten gelte und die im Anschluss Eingang in die Haushaltsplanungen und damit in die Haushaltsberatungen finde.

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, äußerte die Bitte, an dem konkreten Beispiel der Prioritätenliste, Hort Friederikenstraße, die Finanzierungsplanung darzustellen.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, informierte, dass sich die Investitionshöhen aus den Vorplanungen ergeben. Es handle sich hier um Kostenschätzungen, d. h. es mussten Aussagen zum Gesamtvolumen getroffen werden und dann zu der Frage, welche Kosten werden in welchem Zeitraum verbaut und wann gehen hierzu die Rechnungen ein. Um die Übersichtlichkeit der Liste zu gewährleisten, wurde für die Haushaltsdiskussion 2012 die Finanzierung differenzierter dargestellt, aber für die Folgejahre seien im Papier nur die Gesamtkosten ersichtlich.

Herr Hartmann, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport, merkte an, dass er die Liste als ein Werkzeug verstehe, mit dem man über das Jahr 2012 hinaus arbeiten werde. Er stellte die Frage in den Raum, wie man zukünftig mit der Prioritätenliste umgehe, wenn sich z.B. Kriterien ändern, neue Fördermittelprogramme aufgelegt oder Bauvorhaben angepasst werden. Wie sei hierzu der notwendige Informationsfluss gedacht, gäbe es einen gewissen Automatismus?

Im Fokus, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, stehe das Jahr 2012. Um fundierte Aussagen treffen zu können, welche Auswirkungen ein Projekt auf Folgejahre habe und welche finanziellen Möglichkeiten noch zur Verfügung stünden, wurde die Darstellung auf weitere fünf Jahre ausgedehnt. Da die Prioritätenliste ständigen Änderungen unterworfen sei, wird sie bei Korrekturen oder Festlegungen aufgrund politischer Mehrheiten auch zukünftig fortgeschrieben werden.

Frau Ehlert bemerkte, dass das Besucherzentrum z. B. derzeit die Priorität 24 besitze und dass es zu diesem Vorhaben auch einen politischen Beschluss gäbe. Man hätte jetzt die Möglichkeit, eine andere Entscheidung zur Platzierung zu treffen.

Eine Nachfrage formulierte **Frau Ehlert** zur Priorität 358 (Grundwasser). Sie brachte ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass dieses akute Thema auf der Liste sehr weit hinten erscheine. Sie gab zu bedenken, dass die vom steigenden Grundwasser Betroffenen eine andere Entscheidung der Politik erwarten würden. Des Weiteren, so **Frau Ehlert**, betreffe dies die Themen Oberflächenwasser und die Heideschule. Beide Projekte erscheinen in Anlage 3. Zum Thema Heideschule gäbe es bereits eine politische Mehrheit für die Schaffung des sozialen Zentrums in dieser Schule. Weshalb, so **Frau Ehlert**, wurde diese unglückliche Platzierung gewählt? Bestehe die Chance, wenn die zusätzlich angekündigten Mittel aus dem Finanzministerium kommen, dass man diese Themen weiter vorn in der Liste platziere?

Herr Beigeordneter Hantusch antwortete, dass sich die Stadt Dessau-Roßlau in einer schwierigen Lage befinde, da man nicht mehr das leisten könne, was wünschenswert sei. Zur Vernäsungsproblematik verwies er auf die Beschlussfassung in der letzten Sitzung des Bauausschusses. Das bedeute, dass man jetzt, auf die Reaktion aus Magdeburg warten müsse, denn für die Umsetzung dieser Projekte benötige man das Land.

Herr Bekierz gab ergänzende Erläuterungen zur Lesbarkeit der Liste. Die Kategorie 1 wurde in keine Priorität gesetzt, da sie Pflichtaufgaben der Stadt betreffe. Auch die Kategorie 3 wurde nicht sortiert, sondern die Reihenfolge ergab sich zufällig. In der Kategorie 2, die eine Reihenfolge nach rechnerischer Bewerung ausweise, wurden alle – aus Sicht der Verwaltung wichtigen - Projekte aufgenommen. In dieser Prioritätensetzung ordne sich auch die Heideschule ein.

Herr Schönemann schlug vor, dass es auf Grund differenzierter Betrachtungsweisen von Interesse aller Fraktionen sei, sich bis zum 8. Oktober 2011 zur Thematik schriftlich zu äußern, um ein klares politisches Meinungsbild im Vorfeld der Haushaltsdiskussionen zu erwirken.

Durch **Herrn Bähr, Fraktion der FDP**, wurde eingangs das Bestehen dieser Prioritätenliste begrüßt, aber er verwies auf die prekäre Haushaltslage, die bereits jetzt schon erkennen ließe, dass es für die Finanzierung der Projekte der Kategorie 1 und 1a sehr kritisch werden würde. Dies hätte dann natürlich im Nachgang auch Auswirkungen auf die folgenden Kategorien. **Herr Bähr** merkte an, dass in der Kategorie 1 alle Projekte enthalten seien, bei denen die Stadt keine Eigenmittel aufbringen müsse. Werden von Fraktionen Vorschläge unterbreitet, Projekte von Kategorie 2 in die Kategorie 1 zu bringen, erwarte man in diesem Zusammenhang verbindliche Aussagen zur Herkunft der notwendigen Eigenanteile in Form von Drittmitteln.

Dieser Meinung schloss sich auch **Herr Beigeordneter Hantusch** an, denn auch er sähe auf Grund der finanziellen Situation keine andere Möglichkeit zur Finanzierung von Projekten. Als erstes sei zu klären, was aus der Kategorie 1a zu reduzieren bzw. in spätere Jahre zu verschieben sei. Dann seien die Entscheidungen aus Magdeburg abzuwarten, um die Investitionshöhen für 2012 abbilden zu können. Sollte bei den nachrangig eingeordneten Projekten eine Drittmittelfinanzierung zustande kommen, habe das eine Verschiebung in die Kategorie 1 zur Folge.

Herr Geyer, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau und Mitglied des Jugendhilfeausschusses, formulierte im Anschluss einzelne Fragen zur Darstellung der Prioritätenliste. Er stellte fest, dass die höchste Ordnungszahl die 358 sei, aber sich anzahlmäßig nicht so viele Projekte in der Liste widerspiegeln würden.

Herr Meister antwortete, dass es sich bei dieser Liste um eine Fortschreibung handele und Projekte, die im Jahr 2011 fertig gestellt werden, für die Haushaltsberatungen keine Rolle mehr spielen und demzufolge in der Liste keine Berücksichtigung mehr finden.

Weitere Fragen von **Herrn Geyer** nahmen Bezug auf die Bewertungsdarstellung, die nicht immer mit den Anlagen übereinstimmen würden. Er machte dies an den Beispielen der Marienkirche (Projektnummer 187) und der Kavallerstraße (Projektnummer 97) fest. **Herr Bekierz** gab hierzu kurze Erläuterungen, räumte aber auch zwischenzeitlich durchgeführte Überarbeitungen bei der Bewertung ein und bat diesbezüglich um Verständnis.

Herr Schönemann regte an, die Bemerkungen zum Anlass für eine Überarbeitung der Prioritätenliste zu nehmen, um somit die Ausreichung einer deckungsgleichen Variante in die Fachausschüsse zu gewährleisten.

Zur Unterscheidung der Kategorie 1a und 2 bat **Herr Geyer** im Anschluss um nähere Erläuterungen sowie Aussagen zu Projekten der Kategorie 1, hier insbesondere zur Erfüllung brandtechnischer Auflagen in Kindereinrichtungen der Stadt. Er wisse von mindestens drei weiteren Einrichtungen, in denen Auflagen erteilt wurden, diese aber in der Liste keine Berücksichtigung fänden.

Herr Bekierz bemerkte, dass die Rettungswege, die Mehrkosten verursacht haben, als Gesamtpaket in das nächste Haushaltsjahr verschoben wurden, da noch nicht alle Auflagen diesbezüglich abgearbeitet werden konnten. Zu der Kategorisierung führte er ergänzend aus, dass bei den Projekten in der Kategorie 1 die finanzielle Höhe fest stehe, aber bei den Projekten der Kategorie 1a, die zwar ebenfalls einen verpflichtenden Charakter hätten, jedoch die Möglichkeit bestehe, über die einzelnen Jahresscheiben finanzielle Variabilität walten zu lassen.

Positiv wertete **Herr Geyer** die vorgegebene Kategorisierung und erkundigte sich, ob die Bewertungsmaßstäbe der Prioritätenliste ämterübergreifend erstellt wurden sind.

Herr Beigeordneter Hantusch antwortete, dass die Bewertungskriterien vom Dezernat VI vorbereitet worden, im Anschluss aber eine dezernatsübergreifende Abstimmung zu den Kriterien und deren Gewichtung erfolgte.

Herr Dr. Weber, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, bekundete seine Zustimmung zur vorliegenden Prioritätenliste und begrüßte auf Grund des kurzen Zeitraumes, den die Fraktionen zur Prüfung der Liste hatten, den Vorschlag von Herrn Schönemann, die Vorlage heute zur Kenntnis zu nehmen, da man dann im Nachgang die Möglichkeit hätte, Änderungen vorzunehmen.

Des Weiteren gab er auch den Hinweis, dass man der ausgewiesenen Zeitschiene besondere Aufmerksamkeit schenken solle, da z.B. in der Kategorie 2, Anlage 3, Projekte ausgewiesen seien, die im Jahr 2012 nicht anstehen würden. Grundsätzlich führte **Herr Dr. Weber** kritisch an, dass die aufgeführten Investitionen in keiner Weise wirtschaftslastig seien, sondern diese sich mehr den Aufgaben der Bildung und des Bauwesens widmen.

In seinem anschließenden Redebeitrag positionierte sich **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, positiv zur vorliegenden Prioritätenliste und formulierte seinen ausdrücklichen Dank an die Verwaltung. Er bemerkte, die Politik sehe diese umfangreiche Liste als eine zukünftige Arbeitsgrundlage und er möchte auch grundsätzlich nicht im Einzelnen auf besondere Positionen eingehen. Nur das Projekt 63 der Kategorie 3 in der Anlage 4 (Ortsumgehung Roßlau/Tornau) löse in ihm Verwunderung aus, da dieser Kategorie keinerlei mittelfristige Realisierungschance

eingräumt werden würde, aber dieses Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan (gültig bis 2015) seine Berücksichtigung finde.

Herr Rumpf erläuterte die Meinung der CDU-Fraktion, dass die Prioritätenliste weder in der heutigen Sitzung noch in der nächsten Sitzung des Stadtrates zur Abstimmung gestellt werden müsse. Er unterbreitete den Vorschlag, dass der Einreicher den Status einer Beschlussvorlage in den Status einer Informationsvorlage umwandeln sollte und sich dann damit, wie bereits empfohlen, die Fraktionen thematisch bis 8. Oktober 2011 beschäftigen.

Herr Schönemann bemerkte hierzu, dass die vorliegende Prioritätenliste eine Orientierung sei und in der heutigen Sitzung über die Punkte 1-3 beschlossen werden solle.

Dem Vorschlag von Herrn Rumpf, setzte **Herr Beigeordneter Hantusch** entgegen, dass es sich bei der Prioritätenliste um eine Beschlussvorlage handele, die als Orientierung und Legitimation für die Haushaltsplanung 2012 dienen soll. Es werde heute eine deutliche Positionierung der Fachausschüsse zu der Frage erwartet, was für die Stadtentwicklung wichtig sei.

Herr Rumpf bemerkte hierzu, dass es jetzt gelte, eine Brücke zwischen der Politik und der Verwaltung zu bauen. Er äußerte zudem Zweifel, dass die Liste ein Gesamtwerk der Verwaltung sei, sondern sieht sie mehr als ein Produkt des Dezernates für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung. Diese sei auch den Prioritäten der anderen Dezernate gegenüberzustellen, um eine Abwägung führen zu können. Des Weiteren appellierte er an die anwesenden Stadträte, sich mit der Prioritätenliste intensiv auseinander zu setzen, um auch letztendlich die aus der Liste resultierenden Konsequenzen für die Stadt mitzutragen.

Auf die Frage, die **Herr Rumpf** direkt an Herrn Hantusch richtete, ob die Umwandlung in eine Informationsvorlage möglich wäre, verneinte dieser kategorisch. Die Verwaltung, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, benötige einen Beschluss und er machte nochmals deutlich, dass diese Liste ein Produkt eines in der Verwaltung intern abgestimmten Verfahrens sei und sie in der Betreuung des Dezernates für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung liege.

Abschließend stellte **Herr Rumpf, Mitglied im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport** den Änderungsantrag, dass die Gremien sich dazu entscheiden, nicht über diese Vorlage in der vorliegenden Fassung abzustimmen, sondern sie als Informationsvorlage in Vorbereitung der Haushaltsberatung zu werten. Falls die Liste aber in der vorliegenden Fassung abgestimmt werden sollte, ergeht ein weiterer Änderungsantrag mit der Forderung, die Anlagen 3 und 4 (d.h. die Kategorien 2 und 3) aus der Beschlussfassung zu streichen.

Herr Eichelberg, Fraktion der SPD und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, brachte klar zum Ausdruck, dass er die Beschlussvorlage in der vorliegenden Fassung mit trägt und die Liste als Orientierung für die Haushaltsberatungen akzeptiert.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen und Mitglied im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erklärte, er hätte für den Vorschlag von Herrn Rumpf, den Beschluss in eine Informationsvorlage umzuwandeln, große Sympathien. Er sieht des Weiteren in der Liste ein großes Potential für die zukünftige Entwicklung der Stadt Dessau-Roßlau. Durch **Herrn Busch** wurden folgende Fragen in den Raum gestellt. Sollen die gebildete ämterübergreifende Arbeitsgruppe auch zukünftig beibehalten werden, um auf dynamische Veränderungen reagieren zu können? Eine weitere Frage bezog sich auf den energetischen Bereich. Inwiefern, so **Herr Busch**, werde der bei der Stadt beschäftigte Klimaschutzbeauftragte mit in den Prozess einbezogen und wie gestalte sich die Rückkopplung beispielsweise bei der Akquirierung von Fördermitteln?

Herr Beigeordneter Hantusch bemerkte hierzu, dass die Prioritätenliste eine ständige Arbeitsgrundlage aller Beteiligten darstelle und zwei Ansätze verfolge. Einerseits gehe es um die folgende Haushaltsberatung und andererseits um die Stadtentwicklung. Hierzu mache es sich erforderlich, einen dezernatsübergreifenden, parteiübergreifenden sowie auch ausschussübergreifenden Konsens herzustellen, denn nur auf diesem Wege erhält die Prioritätenliste ihre Legitimation für die Haushaltsberatungen. Er appellierte eindringlich an alle Stadträte, diese Liste als Gesamtwerk zu betrachten und nicht nur die Priorität 1 in den Focus zu stellen. Ziel der Verwaltung sei es, die Politik in die Lage zu versetzen, nachvollziehbare Entscheidungen für ihre Stadt zu treffen. Hierbei sei die Kompetenz der Fachausschüsse notwendig.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen, erklärte eingangs die Notwendigkeit, eine Rang- und Reihenfolge zu erstellen, um das künftige Handeln auf das Wesentliche konzentrieren zu können. Um neue Projekte zu entwickeln, so **Frau Beigeordnete Nußbeck**, werde ein genehmigungsfähiger Haushalt benötigt. Sie gab aber auch zu bedenken, dass der Haushalt durch die Kürzungen aus dem Finanzausgleichsgesetz zunehmend belastet werde. Zwar gäbe es im Jahr 2011 Mehreinnahmen durch die Gewerbesteuer, aber diese beinhalteten viele Einmaleffekte und lassen eine aussagekräftige Prognose für die Folgejahre nicht zu. Weitere Ausführungen machte Frau Nußbeck zu dem Verhältnis Fremdmittel/Eigenmittel und resümierte, dass die Stadt auch zukünftig auf Fördermittel angewiesen sei und die konkreten Rahmenbedingungen das Handeln bestimmen werden. Sie gab weiterführend den Hinweis, dass man auch eine Entscheidung zu der Frage treffen müsse, blockieren wir den Haushalt mit Maßnahmen, wo keine Bewilligungen zu erwarten sei, zu Lasten von Maßnahmen, wo die Bewilligungen bereits vorliegen. Deshalb sei es von immenser Bedeutung sich mit dem Inhalt der Liste auseinander zu setzen, um nachvollziehbare Aussagen zu der Rang- und Reihenfolge treffen zu können. Den letzten Hinweis gab **Frau Beigeordnete Nußbeck** zur vorliegenden Beschlussvorlage und wies darauf hin, dass in der heutigen Sitzung nur die Projekte der Kategorie 1 (Anlage 2) beschlossen werden sollen.

Herr Beigeordneter Hantusch erläuterte, dass der Beschlussvorschlag 1 zu korrigieren sei. Statt Anlage 2 müsse es Anlage 3 heißen. Er appellierte wiederholt an die Kompetenz und Autorität der anwesenden Stadträte. Er betonte, dass es im Moment nur um die Prioritätenliste ginge, aber noch nicht um die Höhe der Eigenmittel. Dieses Thema stünde dann erst zu den Haushaltsberatungen auf der Tagesordnung.

Dies sei auch seine Meinung, erklärte **Herr Schönemann**. Im Rahmen der im letzten Jahr geführten Diskussion um den Haushalt wurde insbesondere durch den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt dieser Weg eingefordert. Denn nur mit dem Wissen aus dieser Prioritätenliste sei es möglich, den Haushalt fachspezifisch und inhaltlich zu untersetzen und die Zusammenhänge besser werten zu können. Aus diesem Grund wird er dieser Beschlussvorlage seine Zustimmung erteilen.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, erachtete es als sinnvoll, so wie es auch bei der Erstellung des Sozialplanes der Stadt praktiziert wurde, über einen Zeitraum von ca. 4 Wochen Nachbesserungen einarbeiten zu können und weitere Anregungen an die federführende Stelle zu geben. Als ein konkretes Beispiel zur Nachbesserung führte er die Zuordnungsnummer 112 in der Anlage 2 an (Revitalisierung Industriebrache ehemals Junkalor). In diesem Projekt vermisse er den Eigenanteil in Höhe von 247.500,00 €, der in einem bereits gefassten Beschluss ausgewiesen worden sei. Des Weiteren erachtete Herr **Giese-Rehm** es als wichtig, zu den Projekten der Kategorie 2 und 3 aussagefähige Einzelblätter zu erarbeiten.

Die Refinanzierungsmittel, die in der Liste fehlen, **so Herr Beigeordneter Hantusch**, wurden bewusst nicht mit aufgenommen, da sie erst für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt wurden seien.

Ergänzend merkte **Herr Bekierz** an, dass der Forderung von Herrn Giese-Rehm, aussagefähige Einzelblätter für Projekte der Kategorie 3 zu erarbeiten, nicht entsprochen werden könne, weil dafür Planungsleistungen in immenser Höhe im Vorfeld notwendig wären.

Herr Schönemann stellte die Bewertung in Form der Einzelblätter in Frage und vertrat die Ansicht, dass bei auftretenden detaillierten Fragen das Gespräch zum Fachamt gesucht werden solle.

Im Sinne des Appells des Dezernenten Herrn Hantusch und entgegen des Änderungsantrages des Herrn Rumpf warb anschließend **Herr Dreibrodt** bei den anwesenden Stadträten für diesen Beschluss und machte deutlich, dass bei heutiger Beschlussfassung dieser Liste eine Grundlage für die Haushaltsaufstellung 2012 existiere.

Herr Hartmann stimmte dem Gesagten zu und ergänzte, dass er die heutige gemeinsame Sitzung als große Chance sehe, die Liste in ihrer ganzen Komplexität als Arbeitsgrundlage zu beschließen. Es werden zukünftig Entscheidungen anstehen, die fachübergreifend diskutiert und angehört werden müssen, um festzulegen, welche Projekte wichtig seien. Deshalb unterstrich er auch die Notwendigkeit, diese Prioritätenliste im Hinblick auf das Haushaltsjahr 2012 in der heutigen Sitzung zu beschließen, damit eine Verbindlichkeit herzustellen und sie als Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre anzunehmen.

Herr Beigeordneter Hantusch resümierte anschließend, dass es für alle Stadträte eine zeitliche Herausforderung war, sich zu dieser Liste eine Meinung zu bilden und hob auch nochmals hervor, dass die finanzielle Situation keine großen Spielräume zulasse. Er unterbreitete den Anwesenden den Vorschlag, für die nächsten 4 Wochen eine Anlaufstelle in der Verwaltung einzurichten, um gemeinsam in Gesprächen mehr Klarheit und Transparenz in den Projekten zu schaffen, denn für die nächsten fünf Jahre brauche die Politik und die Verwaltung eine gewisse Sicherheit und Legitimation. Er benannte als Ansprechpartner die Herren Bekierz und Meister.

Frau Beigeordnete Nußbeck äußerte im Anschluss ihre Bedenken zu der geplanten Zeitschiene. Sie betonte, dass bereits am 27.10.2011 die Auftaktveranstaltung zur Haushaltsberatung im Stadtrat geplant sei und zu diesem Zeitpunkt die Prioritätenliste greifen müsse.

Dafür, die vorgelegte Prioritätenliste als Orientierung für die Haushaltsplanung anzunehmen, votierte **Frau Dammann, Fraktion der FDP**.

Frau Dr. Tietze, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte kritisch an, wenn die Prioritätenliste als eine wichtige Arbeitsgrundlage deklariert werde, warum nicht mehr Zeit zur Verfügung stünde, um sich intensiver mit dieser Materie auseinander setzen zu können.

Herr Schönemann antwortete, dass durch die Verwaltung eine qualifizierte Vorlage erarbeitet wurde und betonte, dass in dieser hervorragenden Art und Weise in der Vergangenheit noch nie ein Haushalt vorbereitet wurde. Jetzt sei die Entscheidung der Politik in Mehrheit gefragt, man müsse sich nun der Verantwortung stellen.

Weitere Wortmeldungen zur Diskussion erfolgten nicht.

Herr Schönemann stellte im Anschluss drei Änderungsanträge zur Abstimmung.

1. Änderungsantrag – Herr Rumpf, Fraktion der CDU

Die vorliegende Beschlussvorlage ist in eine Informationsvorlage umzuwandeln.

Herr Beigeordneter Hantusch, als Einreicher dieser Beschlussvorlage, bat vor der Abstimmung darum, die in Punkt 1 des Beschlussvorschlages ausgewiesene Anlage 2 in Anlage 3 zu korrigieren.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte seine grundsätzliche Zustimmung zu der Prioritätenliste, kritisierte aber die Verwechslungen der Anlagen. Des Weiteren sei er dafür, die Liste zur Kenntnis zu nehmen, sie inhaltlich fortzuschreiben und als Orientierungshilfe für die anstehende Haushaltsberatung zu werten.

Dem entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass diese Verfahrensweise nicht das Ziel dieser Beschlussvorlage sei. Aus der Wortwahl und dem Text ginge hervor, dass eine Priorisierung nur in der Anlage 3 erfolge. Die Qualität dieser Liste, so **Herr Beigeordneter Hantusch** weiter, ist eine andere und er betonte wiederholt, dass in der heutigen Sitzung fünf Fachausschüsse die Möglichkeit haben, ihre Kompetenz wahrzunehmen und diese fachliche Entscheidung nicht nur auf den Finanz- und Hauptausschuss zu reduzieren.

Herr Rumpf legte gegen diese Äußerung Protest ein und verwahrte sich gegen eine Diskriminierung des Finanz- und Hauptausschusses. Die beiden Ausschüsse seien demokratisch zusammengesetzt und spiegeln die Meinung der Fraktionen wider.

Herr Schönemann sicherte den Anwesenden zu, dass es sich hierbei um ein Missverständnis handele. Dieser Auffassung schloss sich auch **Herr Beigeordneter Hantusch** an und wiederholte, dass diese Beschlussentscheidung demokratisch über ein Iterationsverfahren bis in den Finanz- und Hauptausschuss getragen werden würde.

Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP, gab seine Zustimmung zu dem Gesagten von Herrn Otto. Er merkte weiter an, dass die heutige Sitzung und deren Inhalt als positiv zu werten seien, aber letztendlich nur der Stadtrat über ausschussübergreifende Votum verfüge. Nur ein durch den Stadtrat, als entscheidendes Gremium, gefasster Beschluss, gebe dem Oberbürgermeister eine rechtliche Legitimation, auch nach außen wirken zu können.

Die Diskussion abschließend, stellte **Herr Schönemann** erneut den Änderungsantrag zur Abstimmung, die vorliegende Beschlussvorlage in eine Informationsvorlage umzuwandeln.

Abstimmungsergebnisse zum 1. Änderungsantrag:

Dem Änderungsantrag wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** zugestimmt.
5 / 4 / 0

Dem Änderungsantrag wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.
5 / 4 / 0

Der Änderungsantrag wurde vom **Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport** abgelehnt.
4 / 4 / 0

Der Änderungsantrag wurde vom **Ausschuss für Gesundheit und Soziales** abgelehnt.
4 / 4 / 0

Dem Änderungsantrag wurde vom **Jugendhilfeausschuss** zugestimmt.
6 / 4 / 1

Der **2. Änderungsantrag**, das Wort „Orientierung“ (Pkt. 1 des Beschlusses) durch das Wort „Grundlage“ zu ersetzen, wurde durch **Herrn Dreibrod** **zurückgezogen**.

Als nächstes wurden die **Ausschüsse für Kultur, Bildung und Sport** und für **Gesundheit und Soziales** aufgefordert, da sie den 1. Änderungsantrag abgelehnt hatten, im **3. Änderungsantrag** zu entscheiden, ob die Anlagen 3 und 4 der Prioritätenliste gestrichen werden sollen.

Abstimmungsergebnisse zum 3. Änderungsantrag:

Der Änderungsantrag wurde vom **Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport** abgelehnt.
2 / 4 / 2

Der Änderungsantrag wurde vom **Ausschuss für Gesundheit und Soziales** abgelehnt.
4 / 4 / 0

Abschließend wurde von den **Ausschüssen für Kultur, Bildung und Sport** sowie für **Gesundheit und Soziales** über den vorliegenden Beschlussvorschlag, in der Form, wie sie vom Einreicher eingebracht wurde, einschließlich der Korrektur im Beschlussvorschlag 1 (Anlage 3 statt Anlage 2) abgestimmt.

Abstimmungsergebnisse:

Dem Beschluss wurde vom **Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport** zugestimmt.
4 / 3 / 0

Dem Beschluss wurde vom **Ausschuss für Gesundheit und Soziales** zugestimmt.
4 / 3 / 1

Entsprechend der Zustimmung der Ausschüsse für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zum Änderungsantrag 1, wurde die Vorlage durch die genannten Ausschüsse **zur Kenntnis genommen**.

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses bemerkte **Herr Schönemann**, müsse man nun eine Strategie erarbeiten, um die weitere Verfahrensweise zu regeln. Er persönlich wäre für eine Qualifizierung der Prioritätenliste mit konkreter Terminisierung und stellte das zur Diskussion.

Herr Dr. Weber entgegnete, dass für ihn das Abstimmungsverfahren beendet sei. Die Verwaltung hat das Angebot, eine Anlaufstelle zu errichten, unterbreitet und jede Fraktion hat ihre Bereitschaft erklärt, aktiv an dem Qualifizierungsprozess mitzuwirken.

Herr Dreibrodt sah für den **Ausschuss für Gesundheit und Soziales** ebenfalls kein Abstimmungsbedarf hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise.

Herr Hartmann ergänzte, dass die Prioritätenliste auch in Zukunft auf der Tagesordnung stehen und es weiteren Gesprächsbedarf geben werde. Es handele sich um eine laufende Projektarbeit, die die Verwaltung und Politik noch auf Jahre begleiten werde.

Herr Ledwa, Fraktion der SPD und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, erklärte ebenfalls die Bereitschaft, dass man die Prioritätenliste auch zukünftig, sowohl interfraktionell, als auch im Ausschuss konstruktiv begleiten werde.

Von **Herrn Schönemann** wurde abschließend bemerkt, dass es mit der Terminkette Probleme geben könne, da die nächste Sitzung des Stadtrates bereits für den 21.09.2011 geplant sei und die Zuarbeiten aus den Fraktionen hinsichtlich der Qualifizierung, erst zum 08.10.11 terminlich eingeordnet worden. Hier erwarte er einen Verständigungsprozess mit der Verwaltung.

4. Öffentliche Anfragen und Informationen

Es erfolgten auf Anfrage der einzelnen Ausschussvorsitzenden in ihren Gremien keine Wortmeldungen.

5. Nichtöffentliche Anfragen und Informationen

Keine

6. Schließung der gemeinsamen Sitzung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, dankte allen Mitgliedern der anwesenden Ausschüsse für ihre Anwesenheit und schloss die gemeinsame Sitzung um 19:30 Uhr.

Bis zum Beginn der Sitzung des Kultur-, Gesundheits.- und Jugendhilfeausschusses wurde eine Pause von 10 Minuten festgelegt.

7. Beschlussfassungen

7.1. Richtlinie Bildungs- und Teilhabepaket Vorlage: DR/BV/313/2011/V

Herr Hartmann übergab das Wort an Herrn Dr. Raschpichler zur Einführung in die Vorlage.

Herr Dr. Raschpichler informierte zunächst, dass die Stadt für die praktische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (BTHP) die vorliegende Richtlinie erarbeitet hat. Diese wurde in enger Zusammenarbeit durch das Sozialamt und dem Jobcenter erstellt. Schwerpunkte der Richtlinie sind ergänzende Festlegungen zum Umfang und zur Verfahrensweise der Leistungserbringung. 4 320 Kinder und Jugendliche haben im Zuständigkeitsbereich einen Rechtsanspruch auf die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Spitzenreiter bei der Antragsstellung sind das Schulbedarfspaket (1 800), die Unterstützung der Mittagsversorgung (1 200), soziale und kulturelle Teilhabe (500), Klassenfahrten (400). Die Beantragung ist für Eltern sehr mühsam, da für jede Leistung und Kind ein Antrag gestellt werden muss.

Bei der Bewilligung der Anträge konzentrierte man sich sowohl im Jobcenter als auch im Amt für Soziales und Integration auf die rückwirkenden, also die wo die Eltern in Vor- kasse gegangen sind.

Anfrage von **Herrn Geier** zur Finanzierung der Schulsozialarbeit, die 2013 ausläuft, informierte Herr Dr. Raschpichler: Wenn es keine Anschlussfinanzierung seitens Dritter mehr gibt (z. B. Bund, Land), können auch die Projekte der Schulsozialarbeit im Rahmen des BTHP nicht mehr finanziert werden.

Anfrage **Frau Lütje**: Sie hat mit einer Mutti gesprochen die einen Antrag auf Leistungen aus dem BTHP stellen will, dies aber noch nicht kann, weil ihr Antrag auf Wohngeld, vor 6 Monaten gestellt, immer noch nicht bearbeitet wurde!

Frau Paesold: Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind 80 % aller Wohngeldanträge bearbeitet und beschieden. Gerade wenn es sich um Antragsteller handelt, die auch Leistungen aus dem BTHP beantragen wollen, werden die Wohngeldanträge zügig bearbeitet. Sie bat Frau Lütje darum, ihr den Namen der Antragstellerin zu benennen, damit sie diesen Sachverhalt prüfen kann.

Frau Grabner: Sie fragt an, ob die Mittel für den Schulbedarf in einer Summe ausbezahlt werden könnte.

Frau Paesold: Das ist nicht möglich, da der Gesetzgeber die Auszahlung von 70 € vor Beginn eines Schuljahres und 30 € vor Beginn des II. Schulhalbjahres vorsieht.

Abschließend appellierte **Herr Dr. Raschpichler** an alle Ausschussmitglieder Anspruchsberechtigte Eltern, die bisher noch keinen Antrag auf die verschiedenen Leistungsbereiche gestellt haben, zu motivieren dies zu tun, im Interesse der Kinder.

8. Informationen der Verwaltung

Keine

9. Anfragen und Informationen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Keine

11. Schließung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Ledwa informierte zum Abschluss, dass die Bestätigung der Niederschrift vom 05.07.2011 in der nächsten Sitzung des JHA am 25.10.2011 erfolgt.

Herr Ledwa beendete die Sitzung um 20:00 Uhr.

Dessau-Roßlau, 15.02.12

Vorsitzender Jugendhilfeausschuss

Schritfführer